

Stand: 11.07.2026 00:31:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/599

"Nein zu Bevormundung und Kriminalisierung der Waldeigentümer: Den Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes stoppen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/599 vom 06.03.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2047 des LA vom 20.03.2024
3. Beschluss des Plenums 19/2123 vom 14.05.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 14.05.2024



Antrag

der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Nein zu Bevormundung und Kriminalisierung der Waldeigentümer: Den Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes stoppen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen gegen den Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes und die darin vorgesehenen Änderungen zulasten der Waldeigentümer und Bürger einzusetzen.

Insbesondere ist folgenden beabsichtigten Regelungen entgegenzutreten:

- der Einführung von Straftatbeständen in das Bundeswaldgesetz
- der Verschärfung der Bußgeldtatbestände
- dem Paradigmenwechsel weg von der Nutzfunktion des Waldes hin zum umfassenden Walderhalt aus Gründen der „Klima- und Biodiversitätskrise“
- den Eingriffen in die Grundrechte der Waldeigentümer auf Berufsfreiheit und auf das Eigentum
- den überzogenen und unverhältnismäßigen Einschränkungen für Spaziergänger, Wanderer, Reiter und Mountainbiker

Begründung:

Der vorgelegte Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes enthält eine Vielzahl von Regelungen, die Waldeigentümer bei fraglichem Nutzen schwer belasten. Vereinigungen und Verbände aus dem Bereich der Forstwirtschaft sprechen hier von einem Misstrauensbeweis gegenüber den Waldeigentümern, der vor allem in der deutlichen Zunahme der Bußgeld- und Strafvorschriften, im Vergleich zum bisherigen Waldgesetz, seinen Ausdruck findet. Der Entwurf enthält zudem in mehreren Vorschriften schwerwiegende Verstöße gegen die Art. 12 und 14 Grundgesetz (GG).

Damit würde er in seiner jetzigen Form zu einer faktischen Enteignung der Waldeigentümer führen. Inhaltlich nicht gerechtfertigt und rechtspolitisch verfehlt ist die geplante Einführung von Straftatbeständen in das Bundeswaldgesetz. An Strafvorschriften fehlt es bislang im aktuell gültigen Bundeswaldgesetz – und dies aus gutem Grund. Die in § 80 vorgesehenen Strafvorschriften sind zum einen nicht hinreichend bestimmt, zum anderen inhaltlich nicht gerechtfertigt. Zudem dürften die vorgesehenen Vorschriften gegen das Übermaßverbot verstoßen.

Darüber hinaus sieht der Entwurf vor, die bewährte Nutzfunktion des Waldes drastisch einzuschränken. Dieser Paradigmenwechsel weg von der Nutzfunktion des Waldes hin zum umfassenden Walderhalt aus Gründen der „Klima- und Biodiversitätskrise“ verstößt gegen die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes (Art. 14 GG).

Es gibt (im Gegensatz zur Sozialbindung des Eigentums) keine generelle „Ökologiebindung“ des Eigentums – dafür bietet das GG keinerlei Grundlage. Der Gesetzgeber kann

nicht einfach über das Eigentumsrecht der Waldeigentümer hinweggehen und diese derart drastisch in ihrer Nutzung einschränken – auch nicht im Rahmen einer „Klima- und Biodiversitätskrise“.

Auch im Hinblick auf die wichtige Funktion des Waldes als Erholungsraum für die Bevölkerung enthält der Entwurf schwerwiegende Eingriffe. In Art. 141 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung ist jedoch der Genuss der Naturschönheiten und die Erholung in freier Natur, insbesondere das Betreten des Waldes, für jedermann gewährleistet. Vor diesem Hintergrund ist die Staatsregierung aufgerufen, sich für die Verfassungsrechte der bayerischen Bürger einzusetzen und den beabsichtigten Verschärfungen in diesem Bereich entgegenzutreten.

Zur Wahrung der Grundrechte der Waldeigentümer und zur Aufrechterhaltung bewährter Grundsätze der Waldbewirtschaftung ist es erforderlich, dass sich die Staatsregierung auf allen Ebenen gegen den Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes stellt und sich insbesondere gegen die im Einzelnen aufgeführten schweren Mängel einsetzt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)

Drs. 19/599

Nein zu Bevormundung und Kriminalisierung der Waldeigentümer: Den Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes stoppen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Harald Meußgeier**
Mitberichterstatter: **Thorsten Schwab**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 20. März 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp** und
Fraktion (AfD)

Drs. 19/599, 19/2047

**Nein zu Bevormundung und Kriminalisierung der Waldeigentümer: Den Entwurf
des neuen Bundeswaldgesetzes stoppen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Zustimmung bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN, CSU und AfD. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Sabine Gross u.a. SPD
 Bezahlbaren Wohnraum durch den Freistaat schaffen:
 Landesbauprogramm, einheitliche staatliche Wohnungsbaugesellschaft, bessere finanzielle Ausstattung und organisatorische Verbesserungen schnell umsetzen.
 Drs. 19/486, 19/2049 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Christian Zwanziger, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Kein Steuergeld für Schneekanonen - Seilbahnförderprogramm den Anforderungen eines nachhaltigen Tourismus anpassen
 Drs. 19/533, 19/2045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Alexander Flierl, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU
Eins-zu-Eins-Umsetzung der EU-Vorschläge zum Bürokratieabbau in der Landwirtschaft
Drs. 19/548, 19/1969 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Deutsche Umwelthilfe in die Schranken weisen!
Zweifelhafte Klage- und Abmahnpraxis beenden!
Drs. 19/549, 19/2050 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Katja Weitzel, Arif Taşdelen u.a. SPD
Nachwuchsprobleme in der Justiz lösen – Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle „Nachwuchsgewinnung“
Drs. 19/566, 19/1922 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neustrukturierung der Agrarwissenschaften an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf
Drs. 19/568, 19/1961 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Novellierung des Bundeswaldgesetzes stoppen
Drs. 19/579, 19/2046 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Nein zu Bevormundung und Kriminalisierung der Waldeigentümer:
Den Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes stoppen!
Drs. 19/599, 19/2047 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bayerische Imkereien schützen – Ausbreitung der asiatischen Hornisse verhindern!
Drs. 19/624, 19/765 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Treibhausgasreduktion in den einzelnen Sektoren
Drs. 19/673, 19/1984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Perspektiven für die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken in Bayern aufzeigen
Drs. 19/675, 19/1989 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erkenntnisgrundlage der Ultrafeinstaub-Forschungen ausweiten: Messungen auch auf dem Gelände des Flughafens München durchführen!
Drs. 19/720, 19/2051 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Bürger vor Zahlungen des Rundfunkbeitrags schützen: Meldebehörden zur Aufklärung über Möglichkeiten zur Vermeidung der Beitragspflicht anhalten
Drs. 19/743, 19/1986 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Stefan Löw, Richard Graupner AfD
Geldautomatensprengungen in Bayern
Drs. 19/800, 19/1987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Reform der Lehraufträge für Musik an Universitäten
Drs. 19/813, 19/2048 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
5 Jahre Volksbegehren „Rettet die Bienen“ und Artenschutzgesetz:
„Wie steht es um Bayerns Artenvielfalt und Naturschönheit?“
Drs. 19/814, 19/1983 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>